

verlag der grünen bildungswerkstatt österrreich

SCHWARZBUCH SCHWARZ SCHWARZBUCH ROT

planet verlag 
verlag der grünen bildungswerkstatt österrreich

SCHWARZBUCH ROT

SCHWARZBUCH ROT

Warum ein Schwarzbuch Rot? Wollt ihr Rot-Grün unmöglich machen? Wollt ihr damit der ÖVP nützen?

Ganz einfach. Wir legen das Schwarzbuch Rot vor, weil es viel zu berichten gibt: vom doppelten Mangel an Orientierung und an Prinzipien; von Beton und Filz; und von einer Parteiführung, der es bei dieser Wahl vor allem um eines geht: um sich selbst.

Im Herbst 2006 geht es um viel: um die Chance einer großen Wende in der Energiepolitik; um eine faire Verteilung von Einkommen, Bildung und Lebenschancen; um eine freie und offene Gesellschaft; und um ein Österreich, das seine Lage mitten in Europa zum politischen Auftrag macht.

Der SPÖ scheint es um etwas anders zu gehen: um den kürzesten Weg zurück an die Macht. Darüber berichten wir im Schwarzbuch Rot.

OFFEN GESAGT

„Dies hat uns gezeigt, dass das Gift des Neoliberalismus auch die Gehirne und Herzen mancher Menschen in unserer Umgebung verseucht hat.“ Alfred Gusenbauer, 1. Mai 2006

„Als Installateur habe ich früher den Dreck dieser Leute weggeräumt.“ Fritz Verzetnitsch über Penthouse-Bewohner im 1. Bezirk, 3.9.2001

DIE FEBRUARWENDE

Im Februar 2005 beschloss die SPÖ, startklar zu werden. Zwei Strategien standen zur Wahl:

Strategie 1: Wende in allen Bereichen. Von Arbeitslosigkeit bis Menschenrechte, von Ökologie bis Kunst stellt sich die SPÖ gegen den Kurs der Regierung.

Strategie 2: Beschäftigung, Steuern, Gesundheit – in diesen drei Bereichen greift die SPÖ an. In allen anderen versucht sie, sich von Regierungsseite her unangreifbar zu machen. Wie? Indem sie von Asyl bis Kunst, von Ortstafeln bis EU den ÖVP-Kurs übernimmt.

Im Februar 2005 hat sich die Spitze der SPÖ für Strategie 2 entschieden. Seitdem geht es in vielen Bereichen nicht mehr um eine sozialdemokratische Wende – die SPÖ hat sich längst weggewendet. Sie will zurück ins Boot. Sie will wieder dorthin, wo man etwas zu reden und zu verteilen hat. Sie will zurück an die Macht.

Seit dem Februar 2005 hat sich die SPÖ gewendet: bei Asyl und Menschenrechten, gegen Europa und gegen Erweiterung, bei Integration und Überwachung, von Kunst bis Ortstafeln. Nur beim Straßenbau und bei den Kraftwerken ist sie die alte geblieben. Da ist die dünne grüne Schicht ab.

Am Beginn der Februarwende stand eine einfache Überlegung. „Die vielen Menschen, die einmal uns und dann Haider gewählt haben, sind jetzt heimatlos. Die ÖVP probiert alles, um sie zu kriegen. Da müssen wir auch alles probieren.“

Es stimmt, von Asyl bis Europa versucht die ÖVP alles, ein möglichst großes Stück der Haider-Reste zu ergattern. Die SPÖ will nicht zusehen, wie sich der schwarze Geier die schönsten Brocken aus den orangen Überresten reißt. Die Lösung ist nicht neu: Ein roter Geier muss dem schwarzen möglichst viel weg nehmen.

ASYL UND MENSCHENRECHTE

2003 wandten sich die Bundesländer Oberösterreich und Wien an den Verfassungsgerichtshof. Sie hatten beschlossen, die Asylnovelle 2003 zu bekämpfen. Im Herbst 2004 hob der Gerichtshof die Novelle auf.

07. Juli 2005. Die SPÖ beschließt mit ÖVP und BZÖ das Fremdenrechtspaket. Es ist weit schärfer als die Asylgesetznovelle 2003. Die SPÖ stimmt für:

- Schubhaftverlängerung von 6 auf 10 Monate
- Möglichkeit der Zwangsernährung für Schubhäftlinge
- Schubhaft bereits unmittelbar nach Asylantragstellung
- Beseitigung des Abschiebeschutzes für Traumatisierte
- Generalverdacht der Scheinehe für binationale Ehen.

„Wir verabschieden hier gemeinsam ein Paket, das einen humanen und fairen Umgang mit Asylwerbern vorsieht.“ Am Tag der Beschlussfassung war SPÖ-Chefverhandler Norbert Darabos sichtlich stolz. Vier Abgeordnete, darunter der ehemalige Innenminister Caspar Einem und der Menschenrechtssprecher Walter Posch, bleiben der Abstimmung fern. Walter Posch hat die Rechnung seiner Partei bereits erhalten. Im nächsten Nationalrat bekommt er kein Mandat mehr. Die wenigen in der SPÖ, die sich mit der Materie beschäftigt haben, wollten mit dem Fremdenrechtspaket nichts zu tun haben. Das Sagen haben die anderen: Norbert Darabos und Josef Cap.

Die Folgen heute: 35 Prozent mehr Schubhäftlinge. Minderjährige, Schwangere, schwer Traumatisierte in Schubhaft. Die Zahl der Hungerstreikenden steigt stark an. Das Innenministerium bereitet die Zwangsernährung schon mit Erlass vor. Immer öfter werden ausländische

EhepartnerInnen von ÖsterreicherInnen, die die Familiengemeinschaft nach einem Asylverfahren in Österreich beantragt haben, abgeschoben. Familien werden zerrissen.

Norbert Darabos bekam später ein schlechtes Gewissen: *„So wie die Vollziehung nun passiert, war das allerdings nicht ausgemacht... Ich bin auch nicht glücklich damit, wenn Menschen aus dem Ehebett heraus verhaftet werden, weil man ihnen vorwirft, eine Aufenthaltsehe zu führen.“* Die Verhafteten sind auch nicht glücklich, dass die SPÖ zugestimmt hat.

„Es bringt uns nichts, den rechten Rand anzuschleimen“, fasst die Wiener Integrationsstadträtin Sonja Wehsely den fragwürdigen Kurswechsel ihrer Bundespartei zusammen. Aber auch sie kann nichts an der wichtigsten Folge der SPÖ-Zustimmung ändern: Die Novelle wird von der SPÖ nicht beim Verfassungsgerichtshof angefochten. Die SPÖ ist an Bord.

MEHR STAAT, WENIGER PRIVAT

Mehr privat, weniger Staat – das schlägt die ÖVP-Regierung überall dort vor, wo es um soziale Sicherheit, Umwelt und Kultur geht. Mehr Staat, weniger privat – das ist das Regierungsmotto für das neue Verhältnis der Exekutive zu den BürgerInnen. Seit dem Februar 2005 kann sie sich dabei auf die SPÖ verlassen.

Die alte polizeiliche Überwachung richtete sich nur gegen Minderheiten. Wer mit seiner Bürgerinitiative gegen einen Kraftwerksbau demonstrierte oder gegen Neonazis demonstrierte, der konnte sicher sein, dass jemand von der Stapo dabei war, fotografierte und mitschrieb.

Telekommunikation, biometrische Verfahren und schnelle Rechner haben auch die Überwachungswelt verändert. Zum ersten Mal ist es möglich, alle zu überwachen. In der alten Koalition sind die härtesten Überwachungsstaats-Gesetze am Parlamentsklub der SPÖ gescheitert. Die Wenderegierung macht jetzt ernst. Ihr Glaubenssatz heißt: „Wer nichts zu verbergen hat, hat nichts zu befürchten.“ Die SPÖ macht mit:

1. Lauschangriff. Mit der Operation Spring wurde der erste große Lauschangriff von einem SPÖ-Innenminister angeordnet. Die Ergebnisse waren unbrauchbar und hätten nicht vor Gericht verwendet werden können – wären die Angeklagten nicht Afrikaner gewesen. Falsche Übersetzungen, verschwommene Videobilder, widersprüchliche Zeugenaussagen und Richter, die ihre Urteile bereits fertig in die Verhandlungen mitbrachten – die Operation Spring hat gezeigt, wie sensible Instrumente missbraucht werden können.
2. Video-Überwachung. Immer öfter werden an öffentlichen Plätzen Videokameras aufgestellt. Ein Gesetz erlaubt der Polizei die Verwertung privater Videoaufnahmen – in Kaufhäusern, U-Bahnen... Ohne jeden Vorbehalt hat die SPÖ zugestimmt.
3. Handy-Überwachung. Die Rufdaten aller Handy-Besitzer sollen ein Jahr für die Polizei gespeichert werden. Die Zahl der Handy-Überwachungen ist auf 40.000 pro Jahr explodiert. Mit stillen SMS kann die Bewegung aller Handy-Benutzer polizeilich überwacht werden. „...erklärte Gusenbauer, dass dies grundsätzlich vorstellbar sei, wenn es sich nicht um eine Speicherung von Inhaltsdaten handelt, sondern um Verbindungsdaten.“ Etwas anderes war von der ÖVP nie geplant. Ohne jeden Vorbehalt ist die SPÖ dafür.
4. Politische Überwachung. „Mehr Flop als Top“, bedauerte Rudolf Parnigoni, der Sicherheitssprecher der SPÖ, als die Innenministerin den Prümer Vertrag dem Parlament vorlegte. Darin erhält die Polizei das Recht, vor grenzüberschreitenden politischen Aktivitäten Daten über mutmaßliche Teilnehmer zu erfassen und an ausländische Staatsschützer weiter zu geben. Greenpeace und Attac würden damit in Zukunft ebenso rechtmäßig überwacht wie globalisierungskritische GewerkschafterInnen. „Nur sechs europäische Länder haben sich bereit erklärt“, bedauerte Parnigoni. Die SPÖ forderte die Attac-Überwachung für die gesamte EU.

Viele Maßnahmen greifen massiv in Grundrechte ein, ohne nennenswert zur Sicherheit beizutragen. Den Populisten der öffentlichen Sicherheit ist das egal. Sie fordern zur Sicherheit alles, damit ihnen niemand „Unsicherheitspolitik“ vorwerfen kann. Seit dem Februar 2005 besteht die Koalition der Sicherheitspopulisten aus ÖVP, FPÖ, BZÖ und SPÖ.

KUNST

„Aber was ich Ihnen ankreide, ist, dass das von Ihnen mit Ihren Krokodilstränen in Wahrheit der Versuch ist, hier Zensurgedanken einzuführen, der Versuch ist, hier Mitglieder der Regierung so darzustellen, als ob sie Kumpane von Kinderpornographen wären, um hier das innenpolitische Klima zu erzeugen, das Sie wollen. Das ist Ihr Versuch, das ist es, was Sie heute tun.“ Am 19. September 1997 verteidigte Josef Cap die Freiheit der Kunst gegen den freiheitlichen Vorwurf der Pornographie. Im Jänner 2006 hatte er die Seiten gewechselt: *“Die Pornoplakate sind mit 500 000 Euro subventioniert worden. Das ist ein Skandal.“*

"Die SPÖ steht für die Freiheit der Kunst und die Vielfalt der Kultur und damit konsequent auf der Seite der Kunst- und Kulturschaffenden. Unser Ziel ist die Wiederherstellung eines offenen kulturellen Klimas, das eine kritische Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Entwicklungen zulässt und fördert." Das war 2002. Vier Jahre später klingt das so: *"Jeden sexistischen Schmarren mit der Freiheit der Kunst zu argumentieren, halte ich für verwegen"*, so Michael Häupl. *„Schade ums Geld, mehr ist dazu nicht zu sagen.“*

Über Qualität und Geschmack lässt sich streiten. Über Freiheit nicht. Schade um die SPÖ, mehr ist dazu nicht zu sagen.

EUROPA

Europäische Verfassung – eindeutig dafür dagegen

„Die EU-Verfassung schafft die Chance und die Voraussetzung, dass es in Zukunft bessere Politik in Europa gibt.“ (SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer im Nationalrat zur SPÖ-Zustimmung zur EU-Verfassung, 11.5.2005)

„Stopp des Ratifikationsprozesses. Ohne neue Verfassung keine Erweiterung.“ (SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer, Kurier, 5.6.2005)

„Jetzt muss man die Stopptaste drücken.“ (SPÖ-Vorsitzender Alfred Gusenbauer, News, 16.6.2005)

„Ich bin überzeugt, dass der Verfassungsvertrag gerade für die kleinen Staaten ein vernünftiger Kompromiss ist.“ (Bundespräsident Heinz Fischer, Standard, 18.6.2005)

„Es ist sinnlos, diesen Ratifikationsprozess fortzusetzen.“ (Gusenbauer, Standard, 23.6.2005)

„Die EU-Politik der SPÖ ist nur noch reaktionär.“ (Herbert Bösch, SPÖ-Abgeordneter im Europäischen Parlament, Presse, 1.7.2005)

Dienstleistungsrichtlinie

Beim Kampf gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie wurden auch von der SPÖ die Gefahren eines völlig unregulierten Wettbewerbs erkannt. Die geplante Richtlinie und das darin enthaltene „Herkunftslandprinzip“ wurden von SPÖ und Grünen abgelehnt. GPA-Vorsitzender Wolfgang Katzian sah das Europäische Sozialmodell wanken und Alfred Gusenbauer die „EU auf dem falschen Weg“.

Anfang Februar 2006 kam der Schwenk: Gleich nach den Demonstrationen gegen die Dienstleistungsrichtlinie einigt sich die SP plötzlich mit der VP. Die SPÖ-Kritik verstummt.

Der Pakt zwischen SPÖ und ÖVP täuscht Einigung vor. Das Wort „Herkunftsland“ verschwindet. Sonst ändert sich nichts. Zum alten Problem haben SPÖ und ÖVP ein neues geschaffen: Rechtsunsicherheit. Sozialdumping wird nicht verhindert, aber Entscheidungen trifft nicht mehr die Politik, sondern der EUGH.

Der Umfaller war umsonst. Die Dienstleistungsrichtlinie wird neu erarbeitet werden müssen – nicht wegen des Widerstands der SPÖ, sondern aus einem einfacheren und besseren Grund: weil sie so nicht funktioniert.

Von den Menschenrechten bis zur Dienstleistungsrichtlinie, vom Überwachungsstaat bis zur Kunst, von den Ortstafeln bis zur europäischen Verfassung ist die SPÖ im Boot. Sie rudert, die ÖVP steuert.

BETON

Straßenpaket

Der 23. März 2006 war der Tag des Betons. Der Verkehrsausschuss beschloss das große Straßenpaket für die Region Ost. Die SPÖ war wieder umgefallen.

S 8 - Marchfeld-Schnellstraße

S 3 - Weinviertel-Schnellstraße

S34 - Traisental-Schnellstraße

S 37 - Klagenfurter Schnellstraße

A 24 - Spange Rothneusiedl im Süden Wiens (der mit weit über 100 Millionen Euro pro Kilometer teuersten Autobahn Mitteleuropas)

Die SPÖ stimmte zu, geschlossen und im Paket. Man möge nur, so fügte der Verkehrssprecher der SPÖ in einem launigen Statement im parlamentarischen Verkehrsausschuss hinzu, in der Kommunikation nach außen doch auch die Schiene erwähnen, damit in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck entstünde, man wäre für Transitstraßen. Nur einen Antrag brachte die SPÖ ein: Wien solle die A 24 nicht mit finanzieren müssen.

Die SPÖ hat damit nicht nur für weitere 200 Kilometer hochrangiger Straßen, sondern auch für eine weitere Verschuldung des Staates in der Höhe von fünf Milliarden Euro gestimmt.

Aber die SPÖ will noch mehr:

- * Voll-Autobahn über Hollabrunn nach Tschechien
- * Hochleistungsstraße über Horn und das Waldviertel nach Tschechien
- * Ring um Wien mit der Autobahn durch die Lobau
- * Verlängerung Donauuferautobahn entlang des Nationalparks bis zum Ölhafen Lobau
- * hochrangige Straße über den Fernpass in Tirol
- * Linzer Westring und weitere Ausbauten mit Osttangente von der S10 zur A1 und weiter nach Steyr
- * sieben Transitachsen durchs Burgenland

Im August 2003 hatte die SPÖ noch eine weitere Idee. Ihr Verkehrssprecher stellte sie stolz vor: *„Mit der Überlegung, auf dreispurigen Autobahnen bei optimalen Fahrbedingungen die erlaubte Höchstgeschwindigkeit auf 150 km/h zu erhöhen, wolle die SPÖ den Rasern nicht Tür und Tor öffnen, unterstrich SPÖ-Verkehrssprecher Kurt Eder Freitag in einer Pressekonferenz. Der SPÖ-Vorschlag habe zum Ziel, unter optimaler Nutzung der Verkehrsinfrastruktur eine Anpassung der Höchstgeschwindigkeit an die jeweiligen Fahrgegebenheiten herbeizuführen, so Eder.“* Der einzige Unterschied zwischen der roten und der schwarz-orangen Verkehrspolitik ist das Blaulicht. Aber das kann noch werden.

Ökostrom

Am 9. Dezember 2004 stellte Alfred Gusenbauer klar: *„Die SPÖ wird niemals Kürzungen für die Förderung erneuerbarer Energien zustimmen, wie sie die Regierungsparteien heute durch eine Novelle zum Ökostromgesetz beschließen wollen“.* Ein Jahr später war die SPÖ umgefallen.

Ende 2005 hatten sich ÖVP und SPÖ geeinigt: Das Ökostrom-Fördervolumen wird auf 17 Millionen Euro pro Jahr heruntergekürzt. Damit bekommen Ökostromanlagen gegenüber 2004 um 80 Prozent weniger Unterstützung. Die Windenergieanlagen müssen sogar mit einer Kürzung um 90 Prozent rechnen.

Österreich hat sich in der EU vertraglich verpflichtet, 78,1 Prozent seines tatsächlichen Stromverbrauchs bis 2010 aus erneuerbaren Energiequellen zu erzeugen. Dieses Ziel rückt in immer

weitere Ferne. Wenn der Stromverbrauch im bisherigen Tempo ansteigt, droht in der Bilanz der Erneuerbaren Energien eine enorme Lücke – die Prognosen liegen bei einem Erneuerbaren-Anteil von maximal 64 Prozent. Um den fehlenden Elektrizitätsbedarf nicht mit Energie aus fossilen Energieträgern oder mit Atomstrom ausgleichen zu müssen, braucht Österreich also mehr Strom aus erneuerbaren Energiequellen. Der Ökostromanteil müsste dazu um rund 15 Prozent erhöht werden. Wenn das Ökostromgesetz mit Hilfe der SPÖ ruiniert wird, ist die letzte Chance, dieses Ziel zu erreichen, verspielt.

Verfassungsmehrheit gegen Energiewende

Im Mai 2006 wollte die ÖVP noch eine letzte schnelle Privatisierung. Mit dem Zusammenschluss von ÖMV und Verbund wollte sie den staatlichen Anteil im Verbund unter 50 Prozent drücken. Dazu brauchte sie die Verfassungsmehrheit – und damit die Stimmen der SPÖ.

Die ÖVP wollte mit dem Verbund noch vor der Nationalratswahl das letzte große Staatsunternehmen privatisieren. Die Folge: Das gesamte Leitungsnetz wäre mit einem Schlag privat. Und die große Chance, mit dem staatlichen Stromkonzern eine ökologische Wende einzuleiten, endgültig dahin.

Es geht um eine Absicherung gegen jede Energiewende. ÖVP und SPÖ wollen keine ökologische Schmutzkonkurrenz. Die SPÖ hat zugestimmt, die Förderung für Ökostrom um achtzig Prozent zu kürzen. Im Mai 2006 bot sie Schlüssel für die Privatisierung des Verbunds die Verfassungsmehrheit.

Egal ob Straßen oder große Kraftwerke, ob Ökostrom oder Verbund-Verkauf – wenn es darauf ankommt, steht die SPÖ verlässlich auf der falschen Seite.

Der Lack ist ab.

Nach Zwentendorf und Hainburg haben auch in Österreich die traditionellen Parteien die Ökologie entdeckt. ÖVP, FPÖ und SPÖ waren schnell frisch grün gestrichen. Von allen Parteien hat die SPÖ die dünnste grüne Schicht. Sie blättert bereits in der Opposition weg. Bevor die SPÖ noch an die Macht zurück kommt, ist der grüne Lack ab.

WACKELKLAR

Nicht alles, was der SPÖ politisch passiert, ist Absicht. Manches ist Ausdruck von Unsicherheit, Orientierungslosigkeit und mangelnder Bereitschaft, heikle Fragen in der eigenen Partei zu klären. Die Gugging-Konfusion gehört ebenso in diese sozialdemokratische Problemzone

5000 LehrerInnen

Am 14. Dezember 2000 beschloss der Nationalrat das Finanzausgleichsgesetz 2001. Dieses Gesetz bildete die Basis für die größten Einsparungen im Bildungssystem in den letzten Jahrzehnten. Mehr als 5000 Stellen für LehrerInnen wurden mit einer Abstimmung gestrichen.

Erwin Niederwieser (SPÖ): *„Da geht es nicht einfach um 4 000 oder 7 000 Lehrerinnen und Lehrer, die in den nächsten Jahren eingespart werden sollen, sondern es geht um die Art, wie das geschieht. ... Sie treffen also die Schwächsten, denn jemand, der ein hohes Einkommen hat, kann sich behelfen, kann sich für sein Kind zusätzlich ein Angebot besorgen. Aber jene, die sich das nicht leisten können, sind auf ein qualitativ hochwertiges öffentliches Schulwesen angewiesen.“*

Kurt Gaßner (SPÖ): *„Ich bin überzeugt davon, dass diese Maßnahmen, wenn sie rigoros durchgeführt werden, die kleinsten Schulen betreffen werden, und zwar so massiv, dass sie vielleicht geschlossen werden müssen.“*

Kurt Gartlehner (SPÖ): *„In diesem Sinne werden wir auf Grund der realen Situation natürlich für diesen Finanzausgleich stimmen. (Beifall bei der SPÖ.)“*

Die SPÖ war sich der Konsequenzen bewusst. Dennoch hat sie diesem Gesetz zugestimmt.

Die ÖVP hatte noch einmal Gelegenheit, sich bei der SPÖ zu bedanken. Mit dem Angebot, die Zwei Drittel-Mehrheit für Schulgesetze abzuschaffen, hatte die SPÖ die ÖVP Anfang 2005 unter Druck gesetzt. Künftige Regierungen sollten ohne die ständige Blockade durch die Verfassungsmehrheit die Schule reformieren können. Ein paar Wochen später hatte sich die SPÖ mit der ÖVP geeinigt – und letztere Grund zum Jubel: *„Wir verstehen die Beschlusslage so: Die Gesamtschule ist nun verhindert und der Religionsunterricht gesichert.“* Der Cartellverband begrüßte für die ÖVP das Geschäft mit der Zwei Drittel-Mehrheit: *„Anscheinend hat die SPÖ nach Jahrzehnten des Einforderns einer Gesamtschule und nach Monaten des Zickzack-Kurses bei der 2/3-Mehrheitsfrage nun erkannt, dass nur ein differenziertes Schulsystem der richtige Weg ist! Diese Einsicht ist gar nicht hoch genug zu bewerten.“*

„Jedenfalls tot“ – der Fall Gugging

„Gugging“ steht für den gelungenen Versuch, die Interessen der ÖVP-Niederösterreich über die Interessen der Forschung zu stellen. „Gugging“ steht aber auch für die Linie der SPÖ – beinhart dagegen, beinhart unklar, beinhart dafür und beinhart daneben.

"Sobald Österreichs Unis ausreichend finanziert sind, ist auch die SPÖ für die 'Elite-Uni' zu haben. Derzeit ist davon aber nichts zu merken." (Josef Broukal, 18.1.2006)
(Josef Broukal, 2.2.2006)

"Für die SPÖ ist der Standort Gugging nach dem Nein der hoch anerkannten Wissenschaftler jedenfalls 'tot'." (Josef Broukal, 6.2.2006)

"Die SPÖ steht nicht für ein Projekt zur Verfügung, das von der wissenschaftlichen Elite Österreichs abgelehnt wird." (Josef Broukal, 20.2.2006)

Dann war die SPÖ plötzlich dafür. Geschlossen, konsequent und schon immer.

Absolut Null

Am Beginn hatte das Nulldefizit zwei Väter: Karl Heinz Grassler und Alfred Gusenbauer. Am Ende war es nur noch einer. Alfred Gusenbauer bildete eine Meinung:

„Wir wollen das Nulldefizit 2004 erreichen und jetzt keine Steuererhöhungen“. (Der Standard, 25.11.2000)

„Nulldefizit allein ist ökonomisch Unsinn.“ (News, 15.2.2001)

„Eine neue Reformregierung würde keine massive Schuldenpolitik machen, sondern auf einen ausgeglichenen Haushalt hinarbeiten, Neuverschuldung würden wir mit der öffentlichen Investitionsquote begrenzen. Das könnte man in einem Bundesverfassungsgesetz verankern.“ (Kurier am 26.3.2002)

„Das Nulldefizit in der Verfassung zu verankern, ist Nonsens.“ (APA 063, 1.4.2002)

„Jahrelang hätten die Menschen unter dem von der Bundesregierung betriebenen Hinterhetzen nach dem Ziel Nulldefizit ‚gelitten‘“ (Pressedienst der SPÖ, 9.10.2005)

Das Gift des Neoliberalismus

Hinter dem Rücken des ÖGB und weit hinter dem Rücken der SPÖ sind führende Manager vom „schleichenden Gift des Neoliberalismus“ verdorben worden. Sie sind gemeinsam mit dem ÖGB-Präsidenten unbemerkt in „Penthäuser“ der BAWAG gezogen und haben von dort aus den Streikfonds des ÖGB verspekuliert. So erklärte der SPÖ-Vorsitzende seinen Parteiliebesfreunden am 1. Mai die Schrecken der Karibik und der Tücke der Manager.

Im Zentrum von Wien im Haus am Fleischmarkt 1 hat die BAWAG eine Filiale. In ihren Räumen machte seit dem Jahr 1999 die REFCO ihre Geschäfte. Am Dach oben wohnte ÖGB-Präsident Fritz Verzetnitsch und wachte über alles. Jetzt hat die SPÖ nicht gewusst:

- + dass mit dem gesamten Vermögen der Gewerkschaft spekuliert worden ist;
- + dass sich die Verantwortlichen in BAWAG und ÖGB auf den Dächern der BAWAG luxuriös eingerichtet haben;
- + und dass nicht zuletzt der Kauf der Eurofighter von der BAWAG finanziert wird.

Bis zur letzten Tuba

Im Zuge der Bundesheerreform sollte die militärische Blasmusik auf die Hälfte reduziert werden. Die SPÖ stellte fest: 1. Hunderte uniformierte Bläser sind wahlberechtigt. 2. Niemand kämpft für sie. Daher 3.: *„Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Pilsz, ich unterstreiche, dass es beim Bundesheer wichtige Dinge gibt, über die man diskutieren muss und soll. Aber auch die Blasmusik ist ein wichtiger Bestandteil des österreichischen Bundesheeres, und sie ist auch ein Zeichen der Identität mit der österreichischen Bevölkerung. Ich stehe zu meinen diesbezüglichen Aussagen. (Beifall bei der SPÖ.)“* Am 8. Juni 2005 machte die SPÖ-Abgeordnete Katharina Pfeffer so ganz Österreich klar: Die SPÖ kämpft bis zur letzten Tuba. Mit Pauken und Trompeten.

FILZ

Oft entsteht der Eindruck, die SPÖ wolle – aber sie könne nicht anders. Der Eindruck stimmt.

Viele in der SPÖ wollten die Partei und ihre Politik nach dem Abschied aus dem Kanzleramt erneuern. Von Menschenrechten bis zur Ökologie wurden im Parlament neue Anläufe genommen. Stück für Stück entstanden oppositionelle Allianzen, die weit über die gemeinsame Ablehnung der Eurofighter hinaus gingen. Phasenweise entstand der Eindruck, die SPÖ könne sich zu einer Oppositionspartei wandeln – und eine politische Wende in Österreich vorbereiten.

Dieser Eindruck ist vorbei. Mit der Februarwende hat die SPÖ einen Kurs zurück in alte Fahrwasser gewählt. Mit dem BAWAG-Skandal hat sie bewiesen, dass sie auch in schwerster Not zu keiner grundsätzlichen Änderung bereit ist.

„Dies hat uns gezeigt, dass das Gift des Neoliberalismus auch die Gehirne und Herzen mancher Menschen in unserer Umgebung verseucht hat.“ Als Alfred Gusenbauer das am 1. Mai der Menge zurief, klatschte neben ihm auf der Tribüne der Aufsichtspräsident, der die Karibik-Geschäfte ermöglicht hatte: Arbeiterkammer-Präsident Herbert Tumpel. Nach wie vor gilt: Gemauert wird, bis die Mauer bricht.

Alfred Gusenbauer hat den neuen Vorsitzenden des ÖGB mit einer Einladung begrüßt: Rudolf Hundstorfer solle auf der Liste der SPÖ für den Nationalrat kandidieren. Nach wie vor versteht die SPÖ nicht, dass der ÖGB nur durch eines wieder glaubwürdig wird: durch Unabhängigkeit.

Hat die SPÖ einen Grund, warum sie so schwer vom ÖGB lassen kann? Überweist die Fraktion sozialdemokratischer Gewerkschafter Jahr für Jahr Geld an die Partei? Von 2000 bis 2004 hat die SPÖ von „freiwilligen Interessensvertretungen“ 12.495.247 Euro erhalten. Bis heute weigert sich die SPÖ, diese Spenden offen zu legen.

Auch nach dem Beinahe-Zusammenbruch von BAWAG und ÖGB scheint der rote Filz weiter zu halten. Die Partei will nicht von der Gewerkschaft lassen. Massenaustritte und Betriebsräte, die sich im Stich gelassen fühlen, können die Spitzenfunktionäre der SPÖ nicht umstimmen. Je näher die Wahl rückt, desto klarer wird eines: Die SPÖ ist auch unter Alfred Gusenbauer die alte geblieben. Beton und Populismus versperren auch weiterhin jedem Versuch eines sozialdemokratischen Neubeginns den Weg.

STARTKLAR

Was ist los mit der SPÖ? Kann sie nicht oder will sie nicht?

Nach sechs Jahren missglückter Versuche, als Opposition eine politische Wende vorzubereiten, fragen sich viele, warum in der SPÖ fast alles schief geht. Aber geht wirklich alles schief?

Die Antwort auf diese Frage hängt von einer Antwort auf eine andere Frage ab: Was ist eigentlich das Ziel der SPÖ?

Dreißig Jahre lang war die SPÖ an der Macht. Dreißig Jahre lang stellte sie den Kanzler. Seit sechs Jahren leidet sie unter Entzugserscheinungen. Viele in der SPÖ wünschen sich eine politische Wende. Aber die SPÖ will vor allem eines: zurück an die Macht, um jeden Preis.

Kaum jemand kann sich vorstellen, dass die Spitze der SPÖ eine Regierung anführt. Aber alle können sich vorstellen, dass die SPÖ wieder mitmacht: als Juniorpartner in der Koalition, die Österreich bis 1966 regiert hat.

Es stimmt: Wer der ÖVP die Hand gibt, muss nachher seine Finger zählen. Wer der SPÖ die Hand gibt, muss aufpassen, dass sie nicht gerade umfällt. Aber die SPÖ fällt nicht irgendwo hin. Dort, wo sie hinfällt, wartet meist schon die ÖVP. Die Februarwende, die Unterwerfung nach der BAWAG-Affäre – das sind keine Pannen, sondern Stationen auf einem Weg. Die SPÖ ist startklar.



planet verlag

verlag der grünen bildungswerkstatt österreich

www.planet-verlag.at/
rotschwarzbuch

Alle Rechte vorbehalten
© **Planet Verlag**
Verlag der Grünen Bildungs-
werkstatt Österreich, Wien

Deutsche Bibliothek - CIP

Einheitsaufnahme:
Der Grüne Klub im Parlament (Hg.),
1017 Wien, Löwelstrasse 12
Rotschwarzbuch
1. Auflage Juni 2006
ISBN 3-902009-29-2

Lektorat: studio b - Barbara Vanek
Satz & Gestaltung: cxgratzer
Druck: vöckladruck.at, Timelkam

